



Pressemitteilung vom 26.07.2022

Bauernbund hält an der Forderung fest, die Agrarreform bis Ende 2023 auszusetzen!

Entscheidung der EU-Kommission richtig, aber unzureichend.

Als guten Kompromiss in Zeiten von Engpässen sieht der Bauernbund die Entscheidung der EU-Kommission, den Landwirtschaftsbetrieben Ausnahmen bei der Stilllegung und dem Fruchtwechsel für das Jahr 2023 zu gewähren.

Gerade im Vorfeld der am Donnerstag, den 28.07.2022 stattfindenden Sonder-Agrarministerkonferenz, ist dieses Signal aus Brüssel eine wichtige Voraussetzung, den landwirtschaftlichen Unternehmen etwas Planungssicherheit zu geben.

Da die Umsetzung der Maßnahmen aber bei den Mitgliedstaaten liegt, ist zu befürchten, dass Deutschland den Vorschlag der EU-Kommission nicht 1:1 umsetzen wird und wieder einen Sonderweg geht.

Der Bauernbund bekräftigt nochmal seine bereits verlautbarte Forderung, die GAP für 2023 und damit sämtliche Restriktionen, die zu einer weiteren Verknappung von Lebensmitteln und Energie führen, auszusetzen.

„Wir brauchen politische Rahmenbedingungen, die uns Landwirten Planungssicherheit geben, damit wir für eine nachhaltige Lebensmittelversorgung für die Gesellschaft sorgen können. Ideologische Ansichten und zu denken, dass man mit Stilllegung Klimaschutz betreiben kann, zeigt, wie weit sich unser Bundeslandwirtschaftsminister von dem Berufstand, den er eigentlich vertreten sollte, entfernt hat. Wir fordern die Agrarministerinnen und Agrarminister nachdrücklich auf, sich für eine Verschiebung der Agrarreform bis 2024 einzusetzen und die bisherigen Regelungen beizubehalten,“ so der Präsident des Bauernbundes Martin Dippe.

V.i.S.d.P.: Martin Dippe, Tel.: 0170-2455897
Annekatriin Valverde; Tel: 0173-4382535